

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1920

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1920](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1920)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



## Medienkonferenz

Überparteiliches JA zu Waffengesetz



Weil mehr dranhängt:  
**JA zum Waffenrecht**

Jetzt Kampagne unterstützen: [waffenrecht-schengen-ja.ch](http://waffenrecht-schengen-ja.ch)



Bern, 26. März 2019

## **Einladung zur Medienkonferenz Überparteiliches Ja zum Waffengesetz**

---

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Medienschaffende

Am 19. Mai 2019 entscheidet die Schweizer Bevölkerung über das Waffengesetz. FDP, SP, CVP, glp, Grüne, BDP und EVP nehmen den Abstimmungskampf für das Waffengesetz mit verschiedenen und eigenständigen Kampagnen und verschiedenen Argumenten in Angriff. Wie bereits bei der Selbstbestimmungsinitiative handelt es sich hier um eine derart wichtige Abstimmung für die Schweiz, dass alle Kräfte vonnöten sind. Es ist allen Parteien wichtig, sich gemeinsam für unsere Freiheit und die Sicherheit der Schweiz in Europa einzustehen. Gerne laden wir Sie ein, um Ihnen unsere Argumente zu erläutern:

**am Dienstag, 2. April 2019, um 14:00 Uhr**  
Medienzentrum Bundeshaus, Konferenzsaal

VertreterInnen des überparteilichen Komitees an der Medienkonferenz:

- › **Ständerat Josef Dittli**, FDP UR, 079 567 73 11
- › **Ständerat Daniel Jositsch**, SP ZH, 079 503 06 17
- › **Nationalrätin Ida Glanzmann-Hunkeler**, CVP LU, 079 657 10 65
- › **Nationalrat Beat Flach**, glp AG, 079 402 91 12
- › **Nationalrätin Aline Trede**, Grüne BE, 077 411 23 91
- › **Nationalrat Martin Landolt**, BDP GL, 079 620 08 51
- › **François Bachmann**, Vize-Präsident EVP Schweiz, 079 668 69 46
- › **Ständerat Olivier Français**, FDP VD, 079 332 00 01

Wir bitten Sie um eine Anmeldung bis zum 1. April 2019 an [schuler@fdp.ch](mailto:schuler@fdp.ch).  
Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

Mit freundlichen Grüssen

Marcel Schuler  
*Kampagnenleiter FDP.Die Liberalen Schweiz*

---

### **Kontakt**

- › Marcel Schuler Kampagnenleiter FDP.Die Liberalen, 079 589 22 22



Weil mehr dranhängt:  
**JA zum Waffenrecht**

Jetzt Kampagne unterstützen: [waffenrecht-schengen-ja.ch](http://waffenrecht-schengen-ja.ch)



Medienmitteilung  
Bern, 2. April 2019

## Überparteiliches JA zum Waffengesetz

Breites Bündnis setzt sich für das Waffengesetz und Schengen ein.

**Am 19. Mai 2019 entscheidet die Schweizer Bevölkerung über das Schweizer Waffengesetz und dadurch über die Weiterentwicklung von Schengen. Mit dem Waffengesetz wird der illegale Waffenhandel besser bekämpft und die Rückverfolgbarkeit halbautomatischer Waffen besser gewährleistet. Die Sicherheit wird damit erhöht. Zudem wird mit einem Ja zum Waffengesetz die Schweizer Mitgliedschaft bei Schengen gesichert. Ohne Schengen hätte die Schweiz ein enormes Sicherheitsproblem, da sie international isoliert wäre. FDP, SP, CVP, glp, Grüne, BDP und EVP nehmen den Abstimmungskampf für das Waffengesetz mit verschiedenen und eigenständigen Kampagnen in Angriff. Es ist allen Parteien wichtig, gemeinsam für die Freiheit und Sicherheit der Schweiz in Europa einzustehen. Wie bereits bei der Selbstbestimmungsinitiative handelt es sich hier um eine derart wichtige Abstimmung für die Schweiz, dass alle Kräfte vonnöten sind.**

### Sicherheit für die Schweiz verbessern

Aufgrund wachsender Gefahr durch Terroranschläge und länderübergreifende Kriminalität in Europa haben die Schengen-Staaten ihre Waffengesetzgebung angepasst. Mit zielgerichteten Massnahmen werden Schusswaffenmissbräuche verhindert und der internationale Waffenhandel bekämpft. Auch der polizeiliche Informationsaustausch zwischen den Schengen-Staaten wird optimiert und an neue Herausforderungen angepasst. Als Schengen-Mitglied hat auch die Schweiz ihr Waffenrecht angepasst – das Schweizer Parlament hat eine pragmatische Weiterentwicklung des Waffengesetzes verabschiedet, mit welchem die Schweizer Schiesstradition bewahrt wird. Neu ist für den Erwerb und den Besitz halbautomatischer Schusswaffen eine Ausnahmegewilligung erforderlich. Um eine solche Ausnahmegewilligung zu erhalten, müssen die Erwerbenden entweder Mitglied in einem Schützenverein sein oder auf privater Basis regelmässig üben. So wird sichergestellt, dass diejenigen Personen über eine reguläre Waffe verfügen, die einen vernünftigen Umgang mit Waffen pflegen. Das Waffengesetz leistet deshalb in der Terrorbekämpfung und bei der Prävention von Gewaltdelikten einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit. Eine Waffe darf nicht in die Hände von jemandem fallen, der die sachgerechte Handhabung einer halbautomatischen Waffe nicht nachweisen kann.

### Sicherheit für die Schweiz erhalten

Bei einer Ablehnung des Waffengesetzes werden nicht nur zielgerichtete Massnahmen ausgebremst, die international zur Senkung von Schusswaffenmissbräuchen beitragen. Das Waffengesetz sichert auch den Weiterbestand des Schengen-Dublin-Abkommens. Eine



Ablehnung führt zu einer automatischen Kündigung der Schengen/Dublin-Mitgliedschaft. Diese Verträge sind für die innere Sicherheit der Schweiz absolut zentral – die Schengener Zusammenarbeit ist ein wichtiges Instrument für die tägliche Arbeit der Sicherheitsbehörden. Durch das Schengener Informationssystem (SIS) wurden 2018 über 19'000 Fahndungstreffer von ausländischen Ausschreibungen in der Schweiz verzeichnet. Auf diese Weise erfolgte in der Schweiz in den letzten zehn Jahren im Schnitt eine Verhaftung pro Tag. Bei einem Wegfall von Schengen hätten die Schweizer Sicherheitsbehörden keinen Zugang mehr zu diesen sicherheitsfördernden gesamteuropäischen Fahndungsdatenbanken. Auch würde die Schweizer Grenze zur Schengen-Aussengrenze. Die Schweiz wäre selbst für die systematische Grenzsicherung verantwortlich. Um kein Zufluchtsort für international gesuchte Verbrecher zu werden, würden die Ausgaben von jährlich 400-500 Millionen nötig, welche in anderen Bereichen wieder eingespart werden müssten, beispielsweise in der Landwirtschaft. Durch das Wegfallen des Dublin-Abkommens müsste die Schweiz zudem jedes in einem anderen Schengen-Staat abgelehnte Asylgesuch nochmals einzeln prüfen, da alle in der EU abgewiesenen Asylsuchenden in der Schweiz ein Zweitgesuch stellen könnten. Der Wegfall des Dublin-Abkommens bedeutet somit einen Asyltourismus und jährlichen Mehraufwand von rund 270 Millionen Franken. Es ist somit zu berücksichtigen, dass die Anpassung der EU-Waffenrichtlinie Teil des heutigen Schutzes gegen Terrorismus, Kriminalität, Waffenhandel und Asyltourismus ist. Es ist ein falsches Zeichen, wenn die Schweiz auf internationale Sicherheitszusammenarbeit verzichten würde. Das Waffengesetz ist ein Bestandteil des gesamten Instrumentariums, welches zu mehr Sicherheit führt.

### **Kontakte**

- › Ständerat Josef Dittli, FDP UR, 079 567 73 11
- › Ständerat Daniel Jositsch, SP ZH, 079 503 06 17
- › Nationalrätin Ida Glanzmann-Hunkeler, CVP LU, 079 657 10 65
- › Nationalrat Beat Flach, glp AG, 079 402 91 12
- › Nationalrätin Aline Trede, Grüne BE, 077 411 23 91
- › Nationalrat Martin Landolt, BDP GL, 079 620 08 51
- › François Bachmann, Vize-Präsident EVP Schweiz, 079 668 69 46
- › Ständerat Olivier Français, FDP VD, 079 332 00 01



**Sperrfrist: 2. April 2019, 14:00 Uhr**

Es gilt das gesprochene Wort

## **JA zum Waffengesetz – JA zu Schengen**

Ständerat Josef Dittli, FDP UR

---

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Medienschaffende

Am 19. Mai 2019 entscheidet die Schweizer Bevölkerung über das Schweizer Waffengesetz und dadurch über die Weiterentwicklung von Schengen. Mit dem Waffengesetz wird der illegale Waffenhandel besser bekämpft und die Rückverfolgbarkeit halbautomatischer Waffen besser gewährleistet. Die Sicherheit wird damit erhöht. Zudem wird mit einem Ja zum Waffengesetz die Schweizer Mitgliedschaft bei Schengen gesichert. Ohne Schengen hätte die Schweiz ein enormes Sicherheitsproblem, da sie international isoliert wäre. FDP, SP, CVP, glp, Grüne, BDP und EVP nehmen den Abstimmungskampf für das Waffengesetz mit verschiedenen und eigenständigen Kampagnen in Angriff. Es ist uns allen wichtig, gemeinsam für unsere Freiheit und Sicherheit einzustehen. Wie bereits bei der Selbstbestimmungsinitiative handelt es sich hier um eine derart wichtige Abstimmung für die Schweiz, dass alle Kräfte vonnöten sind. Deshalb treten wir hier gemeinsam vor Sie und präsentieren unsere Argumente.

Ich darf Ihnen kurz unsere Referentinnen und Referenten vorstellen:

Zuerst wird Ständerat Daniel Jositsch etwas zum besseren Schutz vor Waffengewalt sagen. Danach wird Ihnen CVP-Nationalrätin Ida-Glanzmann Hunkeler die Sicherheitsvorteile von Schengen erläutern. Dass es nicht nur um unsere Sicherheit geht, sondern um viel mehr, wird danach glp-Nationalrat Beat Flach aufzeigen. Komplettiert wird sein Votum durch Ständerat Olivier François mit der Auswirkung auf den Tourismus, wenn wir automatisch aus Schengen ausscheiden. Die Fake-News der Schengen-Gegner wird anschliessend BDP-Präsident Martin Landolt entkräften. Nationalrätin Aline Trede (Grüne) wird dann noch auf den Schusswaffenmissbrauch zu sprechen kommen, wenn halbautomatische Waffen in die Hände von jemandem fallen, der diese nicht sachgerecht handhabt. Klärend ist dann noch das auf die Sicherheit bezogene Votum von François Bachmann, Vize-Präsident EVP Schweiz, da die Gegner des Gesetzes behaupten, dass es nicht um Sicherheit ginge.

Erlauben Sie mir hier die Vorbemerkung, dass wir die Vorlage im Parlament sehr ausführlich diskutiert haben. Seitens der Kantone kam in der Anhörung im Parlament klar zum Ausdruck, dass das Schengen-Abkommen mit einem Nein gefährdet ist und aber keinesfalls gefährdet werden darf. Sowohl Nationalrat, als auch Ständerat, teilen die Ansicht, dass das



Waffengesetz sehr wichtig ist; sowohl als Einzelnes, aber auch zur Sicherung von Schengen. Den Grundstein, dass das Waffengesetz eine breite Unterstützung genießt, hat aber der Bundesrat gelegt. Die Schweiz hat sich als assoziierter Schengen-Staat voll eingebracht und bei der Armeewaffe eine entscheidende Ausnahme erreicht. Deshalb steht heute ein Schweizer Passus in einem EU-Gesetzestext.

Zur Umsetzung hat der Bundesrat ein Schweizer Gesetz vorgelegt, das sehr pragmatisch ist. Die Traditionen des schweizerischen Schiesswesens werden gewahrt und gleichzeitig das Schengen/Dublin-Abkommen gesichert. Schengen/Dublin ist für die innere Sicherheit der Schweiz absolut zentral. Und jetzt noch als letzte persönliche Bemerkung von mir als Urner: Mit dem Ausschluss aus dem europäischen Visaverbund wären für den Schweizer Tourismus gravierende finanzielle Nachteile und ein ebenso grosser Imageverlust verbunden. Soweit dürfen wir es nicht kommen lassen. Sagen wir JA zum Waffengesetz und JA zu Schengen.

---

**Kontakt:**

Ständerat Josef Dittli, FDP UR, 079 567 73 11



**Sperrfrist: 2. April 2019, 14:00 Uhr**

Es gilt das gesprochene Wort

## **JA zum Schutz vor Waffengewalt**

Ständerat Daniel Jositsch, SP ZH

---

### **Terrorbekämpfung**

Nach wie vor steht ganz Europa unter einer Terrorgefahr. Es sind dabei Massnahmen notwendig, die diese Gefahr bannen. Ausserdem ist es zweckmässig, dass sich die verschiedenen Staaten koordinieren. Die Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands hat dies zum Ziel. Selbstverständlich ist nur mit der Einschränkung der Verfügbarkeit von Waffen und deren Bestandteilen die Terrorgefahr nicht gebannt. Aber diese Massnahme stellt einen wesentlichen Teil eines Massnahmenpakets dar.

### **Schutz vor Missbrauch**

Schusswaffen generell sind im negativen Sinn sehr wirksam. Dies gilt insbesondere auch für halbautomatische Waffen. Die Einschränkung der Verfügbarkeit dient daher dem Schutz vor Waffenvorfällen.

### **Geht die Anpassung des Waffengesetzes genügend weit?**

Die Anpassung des Waffengesetzes ist eigentlich eine Umsetzung light der Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands, da weder Armeewaffen betroffen sind noch das Schützenwesen. Gerade aus diesem Grund ist nicht einsehbar, weshalb das Referendum ergriffen worden ist. Wesentlich ist aber auch, dass mit den ausgebauten Buchführungs- und Meldepflichten der Informationsaustausch zwischen den Behörden und die Rückverfolgbarkeit von Waffen verbessert werden.

Die Anpassung des Waffengesetzes ist zwar sehr zaghaft und verändert in der Schweiz grundsätzlich nichts. Trotzdem aber bietet sie bei der internationalen Terrorbekämpfung und beim Schutz vor Waffenübergriffen ein wesentliches Instrumentarium und muss daher unterstützt werden.

---

### **Kontakt:**

Ständerat Daniel Jositsch, SP ZH, 079 503 06 17



Weil mehr dranhängt:  
**JA zum Waffenrecht**

Jetzt Kampagne unterstützen: [waffenrecht-schengen-ja.ch](http://waffenrecht-schengen-ja.ch)



**Sperrfrist: 2. April 2019, 14:00 Uhr**

Es gilt das gesprochene Wort

## **JA zum revidierten Schweizer Waffenrecht**

Nationalrätin Ida Glanzmann-Hunkeler, CVP LU

---

Bei den Diskussionen rund um das neue Waffenrecht habe ich immer mehr den Eindruck, dass es den Gegnern überhaupt nicht um die minimalen Veränderungen für Schützen geht, vielmehr zielen die Gegner bewusst auf das Schengen-Assoziierungsabkommen, respektive auch auf das Dublin-Assoziierungsabkommen.

Ja, die Gegner wollen das Schengen-Assoziierungsabkommen mittels Abstimmung über das Waffenrecht abschaffen. Eine Kündigung des Schengen-Assoziierungsabkommens bedeutet ebenfalls die Beendigung der Dublin-Zusammenarbeit. Dank Dublin ist es uns möglich, Asylsuchende, die bereits in einem anderen Mitgliedstaat einen Asylantrag gestellt haben, zurückzuweisen. Die Auswirkungen von Dublin werden in einem späteren Teil der Pressekonferenz ausgeführt.

Für die Bevölkerung der Schweiz hätte dies verheerende Auswirkungen. Schengen sichert namentlich den Zugriff auf das Schengener-Informationssystem SIS. Täglich erfolgen über 300'000 Abfragen der Sicherheits- und Asylbehörden. Das SIS ist die elektronische Vervielfachung und Bereitstellung von nationalen Fahndungsdaten für alle Schengener-Mitgliedsstaaten. Die internationale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden ist dank SIS besonders effizient. Die Schweiz hat ebenfalls die Möglichkeit, ihre eigenen Daten einzuspeisen und mit Hilfe der Daten von anderen Schengen-Mitgliedsstaaten Fahndungserfolge verzeichnen. Wie bereits oben erwähnt, rufen die schweizerischen Sicherheitsbehörden das SIS rund 300'000-mal pro Tag auf. Daraus resultieren über 19'000 Fahndungstreffer und durchschnittlich eine Verhaftung pro Tag.

Betrachtet man die 19'000 Fahndungstreffer etwas genauer, stellen wir fest – die Schweiz kann auf das SIS unmöglich verzichten.

Dank dem SIS sind im Jahr 2017:

- 576 vermisste Kinder und Erwachsene wiedergefunden worden.
- 592 Personen festgenommen worden.
- 3500 Fahrzeuge, Ausweise und Waffen gefunden worden.
- rund 7000 mit einer Einreisesperre versehene Personen an der Schweizer Grenze festgehalten worden. 1700 von der Justiz gesuchte Personen (z.B. Zeugen bei diversen Delikten) gefunden worden.



- über 4'000 Personen mit einer verdeckten Registrierung belegt worden (vorwiegend Terrorverdächtige).
- Das SIS und somit das Schengen-Assoziierungsabkommen ist für die Schweiz unverzichtbar.

Wonach die Schweiz seit Ende Juli 2018 im SIS gefahndet hat:

- 828 zur Verhaftung ausgeschriebenen Personen
- 191 vermisste Kinder
- 360 vermisste Erwachsene
- rund 36'000 Personen mit Einreiseperrern
- 27'500 vermisste Fahrzeuge
- 6813 vermisste Waffen
- 1,2 Millionen vermisste Ausweise.

Würde das Abkommen von Schengen gekündigt, fiel der Zugriff für Schweizer Sicherheitsbehörden auf das SIS weg. Ohne Zugriff auf das SIS wäre die Schweizer Bevölkerung einem massiven Sicherheitsrisiko ausgesetzt. Gemäss Benedikt Scherer, Chef internationale Polizeikooperation, wäre die Schweizer Polizei ohne SIS plötzlich über die Grenze hinaus blind. Möchte die Schweiz den Ermittlungsstandart ohne SIS wie heute gleichbehalten, müsste der Aufwand für Korps um 10% steigen. Dies wäre gleichbedeutend mit Mehrkosten von rund 500 Millionen Franken.

Für eine effektive und hohe innere Sicherheit der Schweiz benötigt die Schweiz eine funktionierende grenzüberschreitende Sicherheitskooperation. Nur so ist es möglich, Fahndungserfolge zu verzeichnen und damit die Sicherheit von uns allen zu gewährleisten. Ich bitte Sie, den Aspekt der nationalen Sicherheit beim Abstimmen über das neue Schweizer Waffenrecht zu berücksichtigen.

---

#### **Kontakt:**

Nationalrätin Ida Glanzmann-Hunkeler, CVP LU, 079 657 10 65



**Sperrfrist: 2. April 2019, 14:00 Uhr**

Es gilt das gesprochene Wort

## Frei bewegen in Europa

Nationalrat Beat Flach, glp AG

---

Wir alle können uns noch an die oft langen Warteschlangen und Wartezeiten erinnern, wenn wir ins europäische Ausland reisen wollten. Was für Touristen ein Ärgernis war, ging für unsere Unternehmen sogar richtig ins Geld. Da all unsere Nachbarstaaten ebenfalls zum Schengen-Raum gehören, sind diese systematischen Grenzkontrollen endlich Vergangenheit – mal abgesehen von Flugreisen in Nicht-Schengen-Staaten. Wenn wir nun diese äusserst pragmatische Revision des Waffenrechts ablehnen, wird ab Ende 2019 alles anders. Sämtliche Grenzen zu unseren Nachbarstaaten wären wieder Schengen-Aussengrenzen. Unbewachte Übergänge oder grenzüberschreitende Nahverkehrslinien wären kaum mehr denkbar. An unseren Grenzen würden nach einem Nein deshalb nicht einfach wieder Zustände herrschen wie vor 2009, sondern es wäre mit mehr Aufwand und längeren Wartezeiten zu rechnen. Denn unsere Nachbarstaaten dürften Grenzübertritte nur noch an vordefinierten Übergängen zu festen Verkehrszeiten zu erlauben. Dazu ist auch das Verkehrsaufkommen heute deutlich höher als vor dem Schengen-Beitritt. Man rechnet mit Kosten von jährliche bis 3,2 Milliarden durch Staus und längere Wartezeiten. Und das trifft unsere Wirtschaft direkt.

Unsere Wirtschaft lebt vom Aussenhandel: Zwei von fünf Franken verdient die Schweiz im wirtschaftlichen Austausch mit anderen Ländern. Und über die Hälfte unserer Dienstleistungen und Waren gehen in die EU, die somit unsere wichtigste Handelspartnerin ist. Deshalb ist die Schweizer Wirtschaft auf unkomplizierte, stabile Beziehungen zu den europäischen Staaten angewiesen.

Das Referendum gegen das Waffenrecht ist nicht nur ein Angriff auf die Schengen-Mitgliedschaft der Schweiz, sondern auf unsere Vernetzung mit Europa. Dem müssen wir entscheiden entgegnetreten. Die Schweiz muss ihre Vernetzung in Europa erhalten, ein Ja zur Waffenrichtlinie und damit zu Schengen ist ein erster Schritt dazu.

---

### Kontakt:

Nationalrat Beat Flach, glp AG, 079 402 91 12



Weil mehr dranhängt:  
**JA zum Waffenrecht**

Jetzt Kampagne unterstützen: [waffenrecht-schengen-ja.ch](http://waffenrecht-schengen-ja.ch)



**Sperrfrist: 2. April 2019, 14:00 Uhr**

Es gilt das gesprochene Wort

## Schengen und die Bedeutung für den Tourismus

Ständerat Olivier François, PLR VD

---

Die Änderung des Waffengesetzes ist komplexer als nur die Sicht der Referendumsführer, dass Schützen und Armeeangehörige betroffen wären. So ist beispielsweise die Tourismusbranche stark von dieser Abstimmung betroffen. Sollte das neue Gesetz abgelehnt werden, wird die Schweiz vom Schengen-Raum automatisch ausgeschlossen und würde die damit verbundenen Vorteile verlieren. Seit dem Schengen-Beitritt der Schweiz ist die Anzahl aussereuropäischen Touristen, die unser Land besuchen, massiv gestiegen. Dank dem einheitlichen Visum brauchen Touristen, die ein europäisches Land besuchen, kein anderes Visum, um die Schweiz zu besuchen. Dies erleichtert die Einreise und wirkt sich positiv auf die Anzahl Übernachtungen in unserem Land aus. Die Hotellerie ist nicht die einzige Branche, die davon profitiert. Reisende aus China, Indien oder aus arabischen Ländern geben in der Schweiz viel Geld aus, sei es in Restaurants, Juwelierläden oder in Museen. Die Ausgaben belaufen sich auf bis zu CHF 420.- pro Tag und Kopf. Dies entspricht einer Bruttowertschöpfung von 1.1 Milliarde Franken pro Jahr. So profitiert auch der Detailhandel von diesem aussereuropäischen Tourismus. Die Touristen aus den oben erwähnten Ländern tragen 6% zur Wertschöpfung in der Tourismusbranche bei. Bei einem Nein erfolgt ein Wettbewerbsnachteil für den Tourismus und unserer Gesamtwirtschaft. Die Attraktivität unseres Landes und unsere Arbeitsplätze sind unmittelbar bedroht. Gemäss Ecoplan würde der entgangenen Gewinne bei einem Austritt aus dem Schengen-Raum bis zu 530 Millionen Franken betragen. Bei einer Ablehnung sind auch Ausgaben in den Flughäfen zu erwarten, denn diese haben ihre Terminals vollständig neu organisiert. Die Kosten der Arbeiten im Flughafen Zürich würden sich auf 65 bis 125 Millionen Franken belaufen. Schliesslich kommt Schengen auch unserem Diplomatie- und Wissenschaftsstandort zugute. Das einheitliche Visum erlaubt Diplomatinen und Diplomaten und internationalen Forscherinnen und Forschern für Tagungen oder diplomatische Konferenzen unkompliziert nach Genf zu reisen. Unser Ruf und unsere Stärke auf der internationalen Bühne stehen auf dem Spiel.

---

### **Kontakt:**

Ständerat Olivier François, FDP VD, 079 332 00 01



Weil mehr dranhängt:  
**JA zum Waffenrecht**

Jetzt Kampagne unterstützen: [waffenrecht-schengen-ja.ch](http://waffenrecht-schengen-ja.ch)



**Sperrfrist: 2. April 2019, 14:00 Uhr**

Es gilt das gesprochene Wort

## **Einfache, unbürokratische Lösungen für das Schweizer Schiesswesen**

Nationalrat Martin Landolt, Präsident BDP Schweiz

---

- Für Besitzer von halbautomatischen Waffen, die bereits verzeichnet sind, ändert sich nichts.
- Wenn diese Waffe noch nicht verzeichnet ist, muss dies innert drei Jahren nachgeholt werden.
- Angehörige der Armee können ihre Ordonnanzwaffe wie bisher nach Dienstende erwerben.
- Wer in einem Schützenverein ist, kann halbautomatische Waffen erwerben und muss seine Mitgliedschaft nach 5 und nach 10 Jahren nachweisen.
- Wer in keinem Schützenverein ist, kann halbautomatische Waffen erwerben und muss nach 5 und nach 10 Jahren nachweisen, dass er regelmässig schießt.
- Es gibt keine medizinischen oder psychologischen Tests.
- Es gibt kein zentrales Waffenregister.
- Für Jägerinnen und Jäger ändert nichts.
- Sammler können weiterhin halbautomatische Waffen erwerben und müssen nachweisen, dass sie ein Verzeichnis führen und die Waffen sicher aufbewahren.
- Waffenhändler müssen Käufe und Verkäufe elektronisch melden.
- Waffenhersteller oder -importeure müssen alle wesentlichen Waffenbestandteile markieren.

Das sind die konkreten Auswirkungen dieses neuen Waffengesetzes im Alltag. Keine bis kleine Auswirkungen, die niemand ernsthaft als Schikane, Bevormundung oder Entwaffnung bezeichnen kann.

Bundesrat und Parlament haben bei der Umsetzung der EU-Waffenrichtlinien der Tatsache Rechnung tragen, dass das Schiesswesen in der Schweiz eine hohe Bedeutung genießt. Dies mit einfachen, unbürokratischen Ausnahmeregelungen, die den Fortbestand des Schweizer Schiesswesens sicherstellen – Niemand wird „entwaffnet“. Es gibt kein „EU-Diktat“.



Und gerade das aktuelle Referendum zeigt, dass die direkte Demokratie sichergestellt ist und das Schweizer Stimmvolk das letzte Wort hat. Nur sollte, wer sich Sorgen macht über allfällige spätere Verschärfungen, sich eigentlich auch ein Referendum für später aufheben. Wir haben es hier deshalb quasi mit einem „Präventiv-Referendum“ zu tun, mit dem das Pulver sprichwörtlich zu früh verschossen wird. Denn die aktuelle Revision rechtfertigt diesen Widerstand in keiner Art und Weise. Das Referendum ist nichts anderes als eine Reaktion auf geschürte Ängste, für die es aber keine real existierenden Gründe gibt.

---

**Kontakt:**

Nationalrat Martin Landolt, Präsident BDP Schweiz, 079 620 08 51



**Sperrfrist: 2. April 2019, 14:00 Uhr**

Es gilt das gesprochene Wort

## Bessere Kontrolle – weniger Tote

Nationalrätin Aline Trede, Grüne BE

---

Mit der Schengen Waffenrichtlinie soll die Sicherheit für die Bevölkerung verbessert werden. Die Schweiz steht bezüglich Tötungsdelikten und Suiziden mit Schusswaffen nicht gut da. In der Schweiz sterben jährlich rund 200 Personen durch Schusswaffen. 46,7% der aufgeklärten Tötungsdelikte ereigneten sich 2017 im häuslichen Bereich. In der letzten Erhebungsperiode kamen bei 34% der Tötungsdelikte eine Schusswaffe zum Einsatz, im Zeitraum 2009-2016 waren es noch 20%. Dabei ist die Schusswaffe das Tatmittel, welches am häufigsten zum Tod der Opfer führt. 63% der Opfer starben an den Folgen der Tat (2009-2016). Klar ist, dass wenn weniger Waffen zur Verfügung stehen, weniger Tötungsdelikte im Affekt und vor allem weniger Suizide passieren. «Die Verhinderung von Suizidmethoden ist die wirksamste Form der Suizidprävention. Wer keinen Zugang zu Schusswaffen hat, verzichtet in 78% der Fälle auf Suizid und weicht nicht auf andere Methoden aus.» schliesst Prof. Reisch in einer Studie vom Jahr 2013. Auch die Weltgesundheitsorganisation kommt zur gleichen Schlussfolgerung. So kurz gesagt: Je weniger Schusswaffen im Umlauf sind, desto mehr Suizide können verhindert werden.

Die Schweiz ist das am stärksten bewaffnete Land von Europa und die Nummer drei der Welt – nach den USA und dem Jemen. Durchschnittlich fällt eine Waffe auf drei EinwohnerInnen. Und sie ist das Land in Europa, in welchem die meisten Suizide mit Schusswaffen verübt werden. 30% der Suizide geschehen in der Schweiz mit Schusswaffen. Zum Vergleich sind es 20% beziehungsweise 16% in Finnland/Norwegen und Frankreich. Mit der EU-Waffenrichtlinie geht es ein kleines Schrittchen in die richtige Richtung Suiziden und Tötungsdelikten entgegenzuwirken. Waffen töten, dafür sind sie gemacht. Weniger Waffen bedeuten weniger Tötungsdelikte. Mit der kantonalen Registrierung der Waffen ist zumindest das Wissen über vorhandene Waffen besser und es kann präventiv für eine sicherere und friedlichere Schweiz agiert werden.

---

### Kontakt:

Nationalrätin Aline Trede, Grüne BE, 077 411 23 91



Weil mehr dranhängt:  
**JA zum Waffenrecht**

Jetzt Kampagne unterstützen: [waffenrecht-schengen-ja.ch](http://waffenrecht-schengen-ja.ch)



**Sperrfrist: 2. April 2019, 14:00 Uhr**

Es gilt das gesprochene Wort

## Die Teilrevision des Waffengesetzes

François Bachmann, Vize-Präsident EVP Schweiz

---

Die Sicherheit unseres Landes hängt von zahlreichen Faktoren ab, nicht nur von den Waffen selbst, sondern auch von deren Anzahl und der Kontrolle der Waffenbesitzer – einige Jäger- und Schützen haben dies klar verstanden und stehen hinter dieser Revision. Der Zugang zu den europäischen Polizei-Registern ist für unsere nationale Sicherheit wichtig. Dies zeigt sich beispielsweise durch die täglichen 300'000 Suchanfragen durch unsere Sicherheitsorgane. In einer immer mobileren Welt, wo täglich 1,3 Millionen Personen unsere Grenze überschreiten, genügt es nicht mehr zu behaupten, dass wir «unsere» Waffenbesitzer und Schützen kennen. Zum Beispiel sollte das Recht auf Waffenbesitz von Ausländern geprüft werden können, wenn sie sich bei uns niederlassen. Der Verzicht auf den Zugang zur Schengener Datenbank (Fingerabdrücke, Visen, gestohlene Fahrzeuge, Haftbefehle, gesuchte Personen) bei einem Nein zum Waffengesetz macht uns blind und entzieht unseren Sicherheitskräften wesentliche Informationen.

Aus Sicht der EVP ist das Waffengesetz ein erfolgreiches und ausgewogenes Gesetz zwischen der Wahrung unserer Waffentradition und der Sicherheitspartnerschaft innerhalb des Schengen-Gebiets.

Die Anzahl Asylanträge hat sich seit dem Höhepunkt 2015 reduziert und ist nun auf dem niedrigsten Stand seit 11 Jahren (2015: 40'000 vs. 2018: 15'000). Eritrea, Syrien und Afghanistan sind dabei die Haupt-Ursprungsländer der Asylsuchende. Der Bedarf nach fairen Asyl- und Aufnahmeverfahren bleiben bestehen.

Sollte die Schweiz dieses Gesetz ablehnen, würde sie aufgrund des in Schengen-Dublin beinhalteten automatischen Verfahrens das Risiko eingehen, aus den Verträgen ausgeschlossen zu werden. Dies, falls innerhalb von 90 Tagen keine Vereinbarung zwischen allen EU-Staaten, der EU-Kommission und Schweizer Vertretern gefunden wird.

Unangenehme Folgen eines Austritts aus der Schengen/Dublin-Mitgliedschaft sind beispielsweise:

- grosser Zustrom von Asylbewerber, da die Verweigerung des Asyls eines Dublin-Staats sie nicht darin hindern würde, in der Schweiz ein Zweitgesuch zu stellen.



- längere und komplexere Verfahren und kompliziertere Transporte, namentlich für Anträge, die heute schnell zur Rückschaffung ins Erstland des Asylantrags führen.
- bis 1.3 Milliarden jährliche Zusatzkosten gemäss Einschätzung des Bundesrates

Das Dublin-Verfahren hat einige grössere Länder an ihre Grenzen gebracht, namentlich bezüglich der Unterbringungs-, Aufnahme- und Pflegebedingungen von schutzbedürftigen Asylbewerbern. Für die EVP ist klar: Um den Druck bestmöglich auf dem Erhalt der Menschenwürde zu halten, gilt es das Dublin-Verfahren von innen zu verbessern und auf eine Rückführung oder eine Übertragung abgewiesener Asylbewerber zu verzichten, wenn deren Würde im Zielland missachtet wird.

Die Hypothese des Referendumskomitees die Schweiz könne das Gesetz ablehnen ohne Gefahr zu laufen, aus Schengen/Dublin ausgeschlossen zu werden, halten wir für unrealistisch. Die aktuelle Situation rund um den Brexit ist Grund genug zu wissen, dass wir innerhalb von 90 Tagen kein einstimmiges Resultat zum Verbleib der Schweiz bei Schengen erreichen können.

Kurz gesagt: Machen wir unsere Polizei- und Zollbeamten nicht blind! Dieses Gesetz wahrt unsere Traditionen und trägt zusätzlich zu unserer Sicherheit bei.

---

**Kontakt:**

François Bachmann, Vize-Präsident EVP Schweiz, 079 668 69 46